

vergangenen Wochen über Herrn Honeckers Leber erfahren haben und wie wenig über seine Herrschaft. So wichtig der Beitrag journalistischer Arbeit für die Geschichtsschreibung auch sein mag, er reicht nicht aus, um seriöse Forschung zu ersetzen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum ich jedenfalls die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für so wichtig halte, warum ich die Arbeit mit großem Interesse verfolge, warum das viele Menschen in diesem Lande tun und warum die Arbeit so wesentlich ist. Dabei weiß ich. Ihre Aufgabe ist umfangreich. Ich jedenfalls wünsche, daß Ihre Arbeit hilft, unsere Geschichte besser zu begreifen. Wenn dies gelingt, kann die Enquete-Kommission über ihr eigentliches Ziel hinaus einen substantiellen Beitrag zur Verwirklichung der inneren Einheit unseres Landes leisten. Dabei wünsche ich viel Erfolg. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, für Ihr nachdenkenswertes Wort und Ihre guten Wünsche.

Wir wollen uns dem Thema „Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung“ weiter nähern. Wir haben dazu drei Referenten gebeten, die offenbar alle das gleiche Thema haben: Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung, Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR, Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme Ende der vierziger Jahre – diesen Teilsaspekt wird uns Herr Professor Weber aus Mannheim nahebringen –, in den fünfziger Jahren – dazu hören wir Fritz Schenk, Zweites Deutsches Fernsehen Mainz – und danach abschließend Professor Dr. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel, zu den sechziger und siebziger Jahren. Bitte, Herr Professor Weber!

Prof. Dr. Hermann Weber: Verehrte Anwesende, fast genau zehn Jahre vor Kriegsende, am 3. Mai 1935, kurz vor den blutigen Säuberungen in der Sowjetunion, hat Stalin einen Ausspruch getan, der in der Folgezeit immer wieder zitiert worden ist und als Leitlinie kommunistischer Parteien gegolten hat. Der Ausspruch lautete: „Die Kader entscheiden alles!“ Dieser Ausspruch zeigte zur damaligen Zeit, daß Stalin der Meinung war: Das Regierungssystem, das Herrschaftssystem, die Diktatur waren so gefestigt, die Institutionen waren herausgearbeitet, die Mechanismen der Macht eingeübt, so daß es, wenn man dieses System längerfristig aufrechterhalten wolle, darauf ankomme, genügend Kader auszubilden, damit die dann die entsprechenden Positionen besetzen könnten.

Im Jahre 1945, als die Rote Armee im Ostteil Deutschlands einrückte, ging die Vorstellung Stalins natürlich nicht nur dahin, hier ein System nach dem Muster seines Sowjet-Systems zu errichten; es gab eine ganze Reihe anderer Problemfelder, die ihn beeinflussten. Nur, als man daranging, dies zu tun, hatte man die Schwierigkeit, beides gemeinsam schaffen zu müssen, sowohl die Institutionen, den Ausbau der Mechanismen, als eben auch die Heranbildung der entsprechenden Kader.

Das heißt also, daß erstens zu berücksichtigen ist, wie in der sowjetisch besetzten Zone von 1945 bis 1949 – das ist ja der Zeitraum der vierziger Jahre – diese Institutionen aufgebaut und ausgebaut worden sind, zum anderen aber auch betrachtet werden muß – und darauf möchte ich einigen Wert legen –, was von dieser Ausbildung der Kader in jener frühen Phase zu halten ist.

Dabei ist klar, daß die Entwicklung nach 1945 nicht synchron verlief; ich kann das nicht im einzelnen belegen, aber in der Kulturpolitik ging man anders vor als im Aufbau von Hierarchien, von Machthierarchien. Es ist auch klar, daß die Änderung des Parteiensystems hier nicht im einzelnen behandelt werden kann; das habe ich bereits an anderer Stelle vor dieser Kommission getan. Hier kommt es darauf an zu sagen: In dieser schwierigen Phase des Übergangs gilt mit Sicherheit das, was Wolfgang Leonhard überliefert hat, der Ausspruch Ulbrichts: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Ich glaube, dieser Kernsatz macht deutlich, wie in der Frage der Machtstrukturen vorgegangen wurde. Er macht zugleich deutlich, daß eben die Voraussetzung dafür war, genügend Kader heranzubilden in einem Deutschland, das nicht nur zusammengebrochen war, sondern wo gerade in der jüngeren Generation mit Sicherheit die NS-Ideologie zumindest noch nicht ausgerottet gewesen ist.

Ich will also zweierlei tun: Ich möchte ganz generalisierend versuchen, kurz einige wesentliche Methoden und Mechanismen vorzustellen, und zum zweiten anhand der Entwicklung dessen, was man die „Kaderschmiede“ der SED nannte, die Parteihochschule „Karl Marx“, auch aus eigenem Erleben zwischen 1947 und 1949 einige Punkte ansprechen. So ist es uns jedenfalls auch vorgeschlagen worden, nicht nur als Historiker hier zu sprechen, sondern auch eigene Erfahrungen mit einzubringen. Meine beschränken sich auf diesen kurzen Zeitraum.

Ausschlaggebendes Merkmal kommunistischer Parteiherrschaft war die Allmacht der Parteiführung in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Das Besondere dieses Systems bestand nun darin, daß in der Sowjetunion der dreißiger Jahre die größte Kommunistenverfolgung aller Zeiten stattgefunden hat – was zeigt, daß es sich hier um ein System handelt, das mit den gleichen Mechanismen, mit denen es gegen Andersdenkende, gegen die Mehrheit der Bevölkerung vorging, auch innerparteilich herrschte. Gleichzeitig macht dies natürlich deutlich, daß von einer innerparteilichen Demokratie in diesem System nicht gesprochen werden konnte, sondern daß es darauf ankam – auch für die spätere Struktur der DDR –, daß die Parteiführung unumschränkt und unkontrolliert herrschte, um eben ihren Machtanspruch als Hegemonialpartei, das heißt als Vorherrschafts- und Führungsorgan, durchzusetzen.

Ich denke, daß die Führung dabei viererlei tat: erstens strebte sie von Anfang an die Sicherung ihrer Hegemonie mit stetig wachsendem Absolutheitsan-

spruch an, zweitens duldete diese Partei keine Teilung der Macht – und erst recht keine legale Ablösung –, drittens unterdrückte und verhinderte sie pluralistische Tendenzen wie auch Ansätze innerer Demokratie, und viertens übte sie ihre Gewalt als Führungsorgan außer im Staat im gesamten öffentlichen Leben aus und wirkte bis in die Privatsphäre der Bürger hinein.

Die Übertragung dieses Systems war nur durch einen singulären Vorgang möglich, nämlich einerseits die Besetzung eines Teils Deutschlands durch die sowjetische Armee und damit die Machtübernahme der Sowjetischen Militäradministration, und andererseits durch die Tatsache, daß sie auf ein relativ breites Reservoir von Kommunisten zurückgreifen konnte, die eben erst unter Hitler blutig verfolgt worden waren und im Widerstand gegen Hitler auch die meisten Opfer gebracht haben, die aber nun ihr Verhalten änderten: die Verfolgten sind nun selbst zu Tätern geworden.

Die Strukturen der KPdSU – um dies kurz einzuführen, was die Führungsmechanismen angeht –, das heißt also Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat als die Führungsorgane, der zentralistische und hierarchisch aufgebaute hauptamtliche Apparat der Partei, seine Kompetenzen sowie insbesondere Kaderarbeit und Nomenklatur wurden von der stalinistischen Führung über die SMAD in die sich wandelnde SED zwischen 1946 und 1949 mit hineingetragen, bis sie eben eine stalinistische Partei nach dem Vorbild der KPdSU war.

Nun war der Ideologie dieser Partei immer ein Feindbild immanent; das heißt, ein Feindbild war wesentlich für den Zusammenhalt der Partei selbst. Es galt, ständig Feinde aufzuspüren, sie zu verfolgen, zu schlagen. Einschüchterungen und Angst waren eben nicht nur Herrschaftsinstrument nach außen, sondern sie sind zunehmend ein Element auch des inneren Organisationsprinzips geworden.

Dieses innere Organisationsprinzip war durch den sogenannten „demokratischen Zentralismus“ gekennzeichnet, eine Organisationsvorstellung, die Lenin entwickelt hatte und die die Effektivität des Zentralismus mit der Möglichkeit des Mitwirkens durch Demokratie verbinden sollte. Als sie nach Deutschland kam, hatte sie sich längst in einen starren und bürokratischen Zentralismus verwandelt, wie ihn Stalin im Sinne der Leninschen Grundvorstellungen bereits durchgesetzt hatte.

Charakteristisch war also für das Herrschaftssystem der SBZ/DDR ein straff hierarchischer Aufbau: Alle Befehlsstränge liefen strikt von oben nach unten. Das galt für alle jene Apparate, mit denen die SED-Führung schon in den vierziger Jahren versuchte, ihre Macht auf- und auszubauen. Das waren

erstens der eigene Parteiapparat mit seinen hauptamtlichen Parteifunktionären und ehrenamtlichen Helfern,

zweitens der Staatsapparat – zunächst die Deutsche Wirtschaftskommission, ab Oktober 1949 dann die Regierung der DDR, Verwaltung, Kultureinrich-

tungen, Armee, Medien, aber selbstverständlich mit der Verstaatlichung auch die Wirtschaft,

es waren drittens die Justizorgane und vor allem das Ministerium für Staatssicherheit und seine Vorläufer, die die unmittelbaren Verfolgungsmaßnahmen durchführten,

und es waren viertens die Massenorganisationen und nach ihrer Umwandlung dann auch die anderen Parteien als Blockparteien, die den Auftrag befolgten, als Transmissionsriemen Verbindungen zu anderen Teilen der Bevölkerung herzustellen.

Ihre Macht hat nun die SED grundsätzlich mit denselben drei Methoden ausgeübt, die sie von Stalin übernommen hat. Ich will die beiden ersten kurz nennen, weil sie in diesem Zusammenhang weniger eine Rolle spielen: Es war der Versuch der Neutralisierung. Man ging davon aus, sogenannte unpolitische Menschen weder zu Gegnern noch zu Anhängern des Systems heranziehen zu können; so wurden Herrschaftsmechanismen entwickelt, um Personen einen Freiraum zu geben, sie passiv zu halten, indem der gewöhnliche Alltag, geprägt von den Freuden und Leiden des Individuums, in den Vordergrund gestellt wurde, um sie von der Diktatur abzulenken. Voraussetzung einer Neutralisierung war freilich eine spürbare wirtschaftliche Besserung, und das war das Handikap dieser ersten Methode.

Die zweite Methode war der Terror. Die Verfolgung zunächst durch die Besatzungsmacht, dann durch den Staatssicherheitsdienst und die Justiz richtete sich gegen jene Minderheit, die aktiv eine Änderung des Systems erstrebte, die gegen die Diktatur opponierte und damals eben noch flüchten konnte, wenn keine anderen Möglichkeiten vorhanden waren. Die befohlene „Wachsamkeit“ sollte jede Nonkonformität überwinden, Unsicherheit und Furcht erregen.

Es kam aber ein drittes Moment hinzu, auf das ich hier jetzt im wesentlichen eingehen will, weil es meines Erachtens in den vierziger Jahren erstmals in dieser Form in Deutschland aufgebaut worden ist und weil die Wirkung zumindest in den vierziger und fünfziger Jahren nicht unterschätzt werden darf: das war das System der ideologischen Indoktrination.

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus diente – über die Anleitung des politischen und sozialen Handelns hinaus – als Verschleierungs-, als Rechtfertigungsinstrument; sie sollte aber Bindeglied der herrschenden Eliten werden und durch Erziehung und Bewußtseinsbildung neue Anhänger vor allem aus den Reihen der Jugend gewinnen. Die Schulung der Funktionäre zielte auf ideologisch-politische Konformität. Damit war sie ein wesentliches Mittel, die SED selbst zu festigen, damit diese Partei die Diktatur ausüben konnte.

Um ihre Allmacht abzusichern, war selbst das innere Gefüge der SED nach stalinistischen Prinzipien geformt. Schließlich konnte die Partei ihre

Mechanismen Neutralisierung, Terror, Indoktrination nur dann wirkungsvoll anwenden, wenn die eigene Organisation mit den großen Mitgliederzahlen – die SED zählte ja schon am Anfang über anderthalb Millionen Mitglieder – bedingungslos den Weisungen des Politbüros folgte. „Eiserne Disziplin“, wie man das nannte, war für die Parteimitgliedschaft Voraussetzung. Dies war in den vierziger Jahren keineswegs Realität. Bei dem Funktionärskorps, auf das es ankam, fing es an, eine solche Realität zu werden.

Für Kommunisten galt als entscheidendes Kriterium des demokratischen Zentralismus die freiwillige Parteidisziplin, das heißt die kritiklose Unterordnung unter die Linie der Partei, und die Linie der Partei war nun nichts anderes als die Linie der Führung. Wo freiwillige Unterordnung nicht erreicht wurde, konnte die Führung mit Hilfe der 1949 geschaffenen Parteikontrollkommissionen – eine Art innerparteiliche Polizei – existenzbedrohende Parteistrafen aussprechen oder Verfolgung durch staatliche Organe anordnen.

Ein zweiter Faktor war die Macht des hauptamtlichen Apparates in dieser Partei, der sich hierarchisch gliederte, der die Funktionäre nicht nur ein-, sondern auch absetzte, der in Parteiwahlen ihm genehme Personen in entsprechende Funktionen einsetzte. Außer der straffen Personalpolitik konnte der Apparat mit Beschlüssen, Direktiven, Anweisungen das Parteileben dirigieren und die Aktivität der Organisation nach außen führen.

Allein die oberste Führung – also die Anfang 1949 geschaffenen Organe Politbüro, Sekretariat und der vorher schon bestehende Apparat des ZK – entschied, für welche Probleme sie selbst zuständig war und welche Probleme sie delegierte. Aber immer galt, daß der Parteaufbau „ohne Zentralismus, ohne disziplinierte Unterordnung der örtlichen Leitungen und Organe unter das Zentralkomitee unmöglich ist.“ Das ist sehr viel später gesagt worden, von Dohlus, aber es galt auch für diese frühe Zeit.

Die Auswahl und Heranbildung, also die Schulung der Kader, sorgten gleichermaßen für eine weitere Absicherung der innerparteilichen Struktur. Nach dem Prinzip der Nomenklatur lagen die Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis für die Kader, deren Weiterbildung, Einsatz, Karriere, Ablösung usw. bei der jeweils übergeordneten Instanz. Die hauptamtlichen Funktionäre der Partei in den vierziger Jahren mußten natürlich selbst einem solchen Veränderungsprozeß unterworfen werden. Es kam ja nach dem Prinzip der Parität die Hälfte aus der früheren Sozialdemokratie und nur die andere Hälfte aus der Kommunistischen Partei; aber schon in dieser Phase erkennt man eben sehr deutlich: Nur ein treuer Parteisoldat wird diese Einordnung, diese Unterordnung unter die Führung vornehmen. Dazu brauchte man ein Mittel; dieses Mittel war Indoktrination – oder, wie es offiziell hieß, „Schulung“.

Das völlig ideologisierte Bewußtsein der führenden deutschen Kommunisten sollte Optimismus und Siegesgewißheit vermitteln – Gesetzmäßigkeit der Geschichte als ein solcher Ausdruck –, vor allem aber ein richtiges Verhältnis

zur Macht fördern. Der Anspruch, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein, sorgte bei der Avantgarde für elitäre Überheblichkeit einerseits, verursachte aber auch Realitätsverluste andererseits. Der Marxismus-Leninismus beruhte am Ende der vierziger Jahre auf Stalins primitiven, aber recht einprägsamen Aussagen etwa über dialektischen und historischen Materialismus. Diese Pseudoreligion wirkte jahrelang nach. Die Wurzeln liegen in dieser Phase.

Auch die politische Theorie war im wesentlichen von Klischees und Dogmen durchdrungen, hatte jedoch vorrangig der ideologischen Rechtfertigung zu dienen. Es wurde den Funktionären in diesen Parteischulungen suggeriert, sie seien Vorhut, Elite. Durch selektive Faktenvermittlung wurde ihre Überheblichkeit gestützt, weil sie mehr wußten als andere. Andauernde ideologische Indoktrination sollte dabei in erster Linie keinen Raum für Zweifel, Skrupel oder Skepsis lassen. So blieb als Ausflucht oft nur der Zynismus. Die Ideologie diente insofern auch der Täuschung und Selbsttäuschung.

Die Parteischulung war – neben der Wissensvermittlung, die es selbstverständlich auch gab – vor allem ideologische Bearbeitung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus. Sie brachte Fanatismus, brachte Sendungsbewußtsein, sollte eben einen festen und zuverlässigen Funktionärsstamm schaffen. Dabei bewegte sich diese Schulung auf drei Ebenen: die Schulung von Funktionären in Internatsschulen, die Teilnahme aller Mitglieder an Veranstaltungen des später „Parteilehrjahr“ genannten Systems und die Organisierung und Kontrolle eines sogenannten theoretischen Selbststudiums.

Die Kommunisten haben die Kaderschulung, der sie immer einen hohen Stellenwert beimaßen, sofort 1945 begonnen, und sie konnten erreichen, daß sie innerhalb der SED die wesentlichen Positionen gerade auf dem Ausbildungssektor für Kader einnahmen. Sie gaben in der Schulung den Ton an. Wolfgang Leonhard schrieb bei einer Betrachtung des Schulungssystems, daß vor allem nach der Niederlage der SED bei den Wahlen hier in Berlin am 20. Oktober 1946 die Schulungsarbeit bedeutend verstärkt wurde. Schon 1947 existierten über 100 Kreisparteischulen, sechs Landesparteischulen mit immerhin Drei-Monats-Lehrgängen. Nach einem einheitlichen Lehrplan wurden damals allein 180. 000 Funktionäre geschult.

Bereits 1947 wurde nun die Parteihochschule „Karl Marx“, über die ich berichten möchte, als oberste Einrichtung des Schulungssystems geschaffen. Laut Beschluß des Parteivorstands der SED vom 14. Mai 1946 war ihre Aufgabe „Heranbildung qualifizierter Kader in Verbindung mit theoretischen Forschungsarbeiten und Herstellung von Schulungs- und anderen Materialien“. Der erste Kursus mit 140 mittleren und leitenden Kadern begann am 15. Juli 1946 in Liebenwalde. Bis 1989 – dies nur nebenbei – hat diese Parteihochschule 15. 000 Funktionäre ausgebildet.

Die höchste Kaderschmiede der SED sollte also auf der einen Seite wissenschaftliche Ausbildung insofern garantieren, als eine Wissensvermittlung

Ziel war, andererseits – und das war wohl die Hauptsache – ein ideologisch gefestigtes Führungskorps schaffen. In der Übergangsphase von 1947 bis 1949 zeigt sich nun zugleich, wie diese Änderung der Parteihochschule eine Änderung der Partei war.

Entsprechend den ideologischen Säulen der Parteiideologie bestanden an dieser Parteihochschule vier Fakultäten: Philosophie, Geschichte, Politische Ökonomie und Grundfragen, das heißt Politik des Marxismus oder Leninismus. Am 9. Oktober 1947 wurde der erste Zwei-Jahres-Lehrgang mit 80 Kursanten von Otto Grotewohl eröffnet; am 10. Januar 1948 zog die Parteihochschule mit damals 34 Lehrkörpermitgliedern und 182 Studenten in drei Lehrgängen nach Kleinmachnow um.

Interessant ist schon die Leitung. Leiter war der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Rudolf Lindau; seine sozialdemokratische „Parität“ Paul Lenzner, ein kulturbeflissener Mann, wurde im folgenden auch sehr rasch auf das Gebiet der Kultur abgedrückt. Trotz der Parität bestimmte also der Kommunist Lindau, was an der Schule geschah.

Die wichtigsten Parteiführer traten als Lektoren auf. Ich nenne Anton Ackermann, Fred Oelssner, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Paul Wandel, aber auch Vertreter der SMAD; Oberst Tjulpanow einer der bekanntesten, für die deutschen Parteien zuständigen Vertreter, hielt auf dieser Parteihochschule die ersten grundsätzlichen Vorlesungen zu Änderungen der Politik, etwa zur Frage der Volksdemokratie.

Am Beginn dieses Zwei-Jahres-Lehrgangs herrschte noch – so kann man sagen – ein liberales Klima. Es war eine typische Parteischnule. Man war parteilich – selbstverständlich –, aber das bedeutete nicht, daß man versuchte, das Wissen einzuengen. Beispielsweise konnte jeder im Lesesaal sämtliche Zeitungen – auch noch aus West-Berlin – lesen. In einem Vortrag über Westdeutschland konnte auch die kommunistische Opposition behandelt werden. Ein älterer Schüler hat selbstbewußt erklärt, er sei 1929 aus der KPD ausgetreten, weil die eine falsche Gewerkschaftspolitik gemacht habe.

Das hat sich natürlich mit der Veränderung der SED zur „Partei neuen Typus“ schlagartig geändert, also mit dem Bruch Titos mit Stalin im Jahre 1948. Nun sollte der Geist der Wachsamkeit, der Unversöhnlichkeit das hineintragen, was für die Führung gegenüber den Kadern offenbar maßgeblich blieb: das Mißtrauen. Das heißt, eine Atmosphäre des Mißtrauens schien zweifellos etwas zu sein, mit dem auch die Parteikader selbst gegeneinander, die Führung nach unten, vielleicht auch von unten nach oben, glaubten, das System besser aufrechterhalten zu können.

1948 erschien an der Wandzeitung ein Artikel eines Kursanten gegen den Dozenten Wolfgang Leonhard. Nach einigem Hin und Her hat Leonhard dann eine Antwort gebracht – Sie können das ja in seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ nachlesen –, die die Wogen zu glätten schien. Aber der

dramatische Einschnitt war dann natürlich im Februar 1949 die Flucht von Leonhard nach Jugoslawien.

Nun zeigte sich auf dieser Parteihochschule, daß stalinistische Ideologisierung von Parteikadern doch etwas anderes war als die normale Ausbildung von Funktionären, die Heranbildung eines Funktionärskorps. Kritik und Selbstkritik wurden gewissermaßen zum Hauptfach erhoben, wobei „Kritik und Selbstkritik“ die Formel dafür war, daß sich jeder selbstkritisch zu stellen hatte, daß die Führung die Kritik übte und von unten die Selbstkritik kam. Die Suche nach dem Agenten wurde zu einer Manie, und ich habe ein Dokument herausgesucht, das ich Ihnen gern in längeren Auszügen vorstellen möchte; es handelt sich um ein Schreiben des damaligen Parteisekretärs an der Parteihochschule – auch so etwas gab es – an Wilhelm Pieck, den SED-Vorsitzenden, vom 21. April 1949, also kurze Zeit nach der Flucht Leonhards und einem zweiten, ebenso dramatischen Ereignis: eine Schülerin dieser Parteihochschule hatte im „Neuen Deutschland“ geschrieben – am 20. März 1949 –, die innerparteiliche Demokratie der bolschewistischen Partei während der Verhandlungen zum Brester Frieden sei lobenswert. Daraufhin hat die SMAD – wie wir heute wissen; das wurde kürzlich im „Neuen Deutschland“ in einem Artikel von Kießling festgestellt – Protest erhoben, weil sie sagte: Das war keine innerparteiliche Demokratie, sondern da hat der Erzfeind Trotzki versucht, die Partei unter seine Kontrolle zu bringen. Das hat dann dazu geführt, daß sogar das Zentralsekretariat der SED öffentlich dazu Stellung nahm.

Daraufhin kommt also nun dieser Brief an Wilhelm Pieck vom 21. April, der wohl für sich spricht. Ich zitiere:

„In einer allgemeinen Parteiversammlung der Schüler aller Lehrgänge, der Lehrer und der leitenden Genossen der Parteihochschule hielt der Lehrgenosse Heinz Abraham auftragsgemäß am 29.3.1949 von 15.00 bis 18.00 Uhr eine Vorlesung über den Trotzismus, die sich insbesondere mit der Erscheinungsform des verbrecherischen Charakters des Trotzismus befaßte. Am 30.“

– also am nächsten Tag –

„wurde diese allgemeine Parteiversammlung früh neu – 8.00 Uhr beginnend – fortgesetzt. Genosse Rudolf Lindau hielt ein einleitendes Referat, das sich eingehend mit den Ursachen des Falles Leonhard und der dabei zutage getretenen allgemeinen Unterschätzung des Trotzismus befaßte.

Die Diskussion begann dann um 15 Uhr. Es sprachen erfahrene Kämpfer gegen den Trotzismus.

Vom 2. bis 7. April“

– also weitere vier Tage lang –

„wurde in den Parteigruppen aller Lehrgänge die Diskussion fortgeführt. In drei Versammlungen, deren letzte am 6.4. stattfand und ca. sieben

Stunden dauerte, wurden kritisch und selbstkritisch aus dem Fall Leonhard und den Lehren, die sich daraus für das Gesamtkollektiv der einzelnen Fakultäten ergeben, Schlußfolgerungen gezogen.

Am 10.4.1949 wurde nochmals in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr eine weitere allgemeine Parteiversammlung aller Schüler... und ein Resolutionsentwurf... abgehalten. Danach wurde folgende Resolution gefaßt:“

– Ich bringe daraus einen Absatz –:

„Besonders unter den jüngeren Genossinnen und Genossen aller Lehrgänge muß noch eine systematische Schulungs- und Erziehungsarbeit geleistet werden, um alle Unklarheit über den verbrecherischen Charakter des Trotzismus restlos zu beseitigen... Fernerhin bestehen noch Unklarheiten in der Einschätzung des Sozialdemokratismus, ob Sozialdemokratismus und Trotzismus gleichzusetzen sind . . . Schon der provokatorisch-trotzkistische Artikel der Genossin Erna Stracke“

– das war jener eben erwähnte Artikel über die Brester Friedenskonferenz –

„im 'ND' muß als ein ernstes Signal dafür dienen, daß an der Parteihochschule 'Karl Marx' die trotzkistische Gefahr stark unterschätzt wurde. Der Ernst dieses Versäumnisses wird dadurch unterstrichen, daß sich das Politbüro der Partei genötigt sah, zu dieser Angelegenheit in einer öffentlichen Erklärung Stellung zu nehmen. Wie berechtigt diese Mahnung zur Wachsamkeit war, kam noch erschreckender dadurch zum Ausdruck, daß ein Lehrer der Parteihochschule, Wolfgang Leonhard, als niederträchtiger trotzkistischer Agent der imperialistischen Reaktion an der Parteihochschule sein Unwesen treiben konnte.“

Das geht immer so weiter. Ich glaube aber, der Tenor ist klar: Man merkt hier, daß etwas Brisantes kommt, nämlich nicht nur das Mißtrauen der Parteiführung gegen die eigenen auszubildenden Kader, sondern auch die Befürchtung, daß eine nicht genügend drakonische Auseinandersetzung zu „Abweichungen“ führen könnte.

Dies führte dazu, daß der Dekan für Philosophie, Victor Stern, einstmals immerhin Mitglied des Politbüros der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, vor den Lehrkräften seiner Fakultät Selbstkritik üben mußte, weil ihm eine „gewisse Scheu vor selbständiger praktischer Anwendung des Marxismus-Leninismus“ vorgeworfen wurde. Das war natürlich schon nahe am „Verbrechertum“, und so hat offenbar die Fakultät gemerkt, daß sie zu weit ging; sie hat dies dann auf der nächsten Sitzung abgeschwächt und Sterns Parteitreu unterstrichen.

Üblich war nun die Einengung der Schulung der Kader an dieser Spitzenausbildungsstätte auf dogmatische Indoktrination. Wissensvermittlung wurde zweitrangig. Das Meisterwerk stalinistischer Fälschung, die „Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang“, wurde nicht nur an der Parteihochschule,

sondern für alle Mitglieder in den Vordergrund gestellt. Ich nenne zwei Themen, um einfach einmal zu zeigen, wie die Schulung auf das Niveau billiger Agitation gesunken war: Ein Thema vom Oktober 1949 war „Die SPD-Führung als imperialistische Agentur“, ein anderes Thema lautete „Stalin als Freund und Helfer des deutschen Volkes“.

Wie sich nun das Mißtrauen gegen diese jüngeren Kader auswirkte, mögen Sie daran ermessen, daß der offizielle Bericht von Ende September 1947 über die Gründung des Kominform von den Schülern 1949 abgeliefert werden mußte. Als sie ihn von der Lehrmittelabteilung zurückbekamen, fehlten drin die Seiten 31 bis 50; das war nämlich das Referat des Jugoslawen Kardelj, das nun nicht mehr gelesen werden durfte.

Ich habe aus der Bibliothek der Parteihochschule „Karl Marx“ antiquarisch erworben „Die Einheit“ – das theoretische Organ der SED für „Theorie und Praxis des Sozialismus“, Heft 20 vom Dezember 1951. Da ist im Inhaltsverzeichnis etwas geschwärzt. Weiter hinten ist in diesem Exemplar tatsächlich auch ein Artikel herausgeschnitten worden. Dieser Artikel stammte von Franz Dahlem, der zu dieser Zeit – 1951 – gewissermaßen noch der zweite Mann nach Ulbricht war, aber Anfang 1953 abgesetzt worden ist. Offensichtlich wurde zu diesem Zeitpunkt dann auch das Exemplar dieser Zeitschrift „gesäubert“.

Ich denke, ich kann es dabei belassen. Sie ersehen daraus, daß hier eine radikale Veränderung der Vorstellungen, wie ideologische Ausbildung des Nachwuchses der Kader sein sollte, festzustellen ist. Innerhalb kürzester Zeit zeigt sich eben, daß wir es mit einem Schulungssystem zu tun haben, das Wert darauf legt, auch den eigenen Kadern gewissermaßen nicht mehr die Möglichkeit zu geben, anderes zu lesen als das, was vorgeschrieben ist, selbst wenn es vorgestern noch die offizielle Linie war.

An der Parteihochschule „Karl Marx“ wurden dann ab 1950, als man das ganze Parteischulungssystem auf diese Grundlage gestellt hatte, Drei-Jahres-Lehrgänge durchgeführt. Die SED besaß dann ab 1952 15 Bezirks- und 185 Kreisparteschulen. Sie hat allein bis zum Jahre 1954 600.000 meist junge Menschen so indoktriniert, und ich glaube, daß diese Indoktrination dann ihre Wirkung zeigte.

Wir haben auch innerhalb des Apparates – das ist nun meine Schlußfolgerung aus diesen Beispielen – ein System von Über- und Unterordnung, von Befehl und Gehorsam. Auch innerhalb der Partei werden solche Verhaltens- und Denkweisen vorgeschrieben und eingeübt, die den Anforderungen moderner Gesellschaft zwar widersprechen, aber den Gesetzen einer solchen stalini-stischen Apparat-Partei zugrunde liegen. Was gebraucht wird, ist – statt Kritikfähigkeit und Konfliktbewältigung – der folgsame, doktrinäre, vielleicht auch elitäre, auch intolerante Funktionär, der sich jederzeit den übergeordneten Autoritäten unterstellt, sich deren Vorstellungen zu eigen macht. Er brauchte ja

nur die in seinen Kaderplänen entsprechend vorgegebenen Aufgaben auszuführen, um mit Privilegien belohnt oder korrumpiert zu werden. Andererseits aber hat ihn eben die Furcht vor Repressalien gehindert, eigenständig zu handeln, und ihn veranlaßt, selbst erkennbar falsche Weisungen ohne Widerspruch hinzunehmen.

Die Folgen erwiesen sich als verheerend. Ich ende mit einem Zitat von Rudolf Bahro aus dem Jahre 1977: „Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz.“ (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weber! Bei Ihnen – das merkte man – war das ganz anders mit der Kompetenz.

Wir bitten den zweiten Referenten, Herrn Fritz Schenk aus Mainz, zum Zeitraum der fünfziger Jahre das Wort zu nehmen!

Fritz Schenk: Herr Vorsitzender, Meine Damen und Herren! Meine Versetzung in die Staatliche Plankommission der DDR Anfang 1952 aus dem Sachsenverlag in Dresden fiel in die Hoch- und Endzeit der Herrschaft Josef Stalins. Ich sollte ursprünglich dort das Drucksachen- und Formularwesen für die Planwirtschaft entwickeln, betreuen usw.; dazu ist es nicht gekommen, weil jenes Frühjahr 1952 von zwei wichtigen politischen Ereignissen geprägt war: Das eine war die Note Josef Stalins an die Westmächte mit dem Angebot einer möglichen Wiedervereinigung unter dem Aspekt der Neutralisierung Deutschlands, das zweite war der Beschluß, im Sommer 1952 die Zweite Parteikonferenz der SED abzuhalten, die dann den Übergang zum Sozialismus beschließen sollte.

Das erste Ereignis hat im Innenleben der Partei nach meiner Erinnerung überhaupt keine Rolle gespielt. Dies war eine Sache der Agitatoren und Propagandisten. Die große Idee des großen Stalin wurde auch in innerbetrieblichen Schulungen und bei sonstigen Gelegenheiten erwähnt.

In der praktischen Arbeit aber stand ganz und gar die Vorbereitung der 2. Parteikonferenz im Vordergrund, und dies war nach der ersten Umwandlung Mitteldeutschlands/der Sowjetzone hin zur DDR die zweite wirklich große Veränderung, weil sie der Schritt war, die DDR in ihrer Gesamtstruktur, Arbeitsweise und inneren Ordnung dem Sowjet-System stalinistischer Prägung völlig anzugleichen.

Ich habe in dieser Zeit die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) – später wurde daraus die Hohe Kommission; nach 1955 übernahm deren Aufgaben dann allein die sowjetische Botschaft, aber am Prinzip und an der Arbeitsweise hat sich nicht geändert –, also die sowjetischen Instanzen als Ausgangspunkt aller Initiativen für Veränderung und Entwicklung in der DDR erlebt.

Mein Chef, Bruno Leuschner, hatte seinen ständigen Partner in der SKK – Chomjakov hieß er damals –, Leiter der Wirtschaftsabteilung der SKK. Alle Initiativen brachte er in die Sitzungen der Staatlichen Plankommission

zunächst als seine eigenen Überlegungen ein; ihm seien da diese und jene Gedanken gekommen, und man müßte und könnte jetzt doch in dieser und jener Richtung einen Schritt weitergehen.

Nach diesem groben Anreißen des Problems ergingen dann die konkreten Aufträge an die einzelnen Ressortleiter, deren Aufgabe es war, zu den Mitarbeitern Chomjakows zu fahren, um dort die Details zu beraten, die wir dann praktisch nur in unsere Notizbücher schrieben und im Prinzip nach den entsprechenden Hinweisen – es hieß immer „Empfehlungen“ – wörtlich so in Beschlußvorlagen einfließen ließen.

Diese Empfehlungen, die die Staatliche Plankommission damals regelmäßig freitags – an diesem Tag fanden ihre Kollegiumssitzungen statt – beriet, wurden dann zu Beschlußvorlagen für das Politbüro ausgearbeitet. Das dauerte oft bis in die späten Abendstunden. Kopiergeräte hatten wir damals noch nicht; wir schrieben noch auf Matrizen. Mit dem Durchschlag fuhr ich in der Regel am späten Nachmittag oder noch am Abend entweder in das Büro oder in die Wohnung von Walter Ulbricht, der die Vorlagen überflog. Geringfügige, rein redaktionelle sprachliche Veränderungen spielten keine Rolle; hatte er zu einzelnen Punkten konkretere inhaltliche Einwände, telefonierte er mit Leuschner. Dann wurde dies entweder noch korrigiert und berücksichtigt, oder Leuschner konnte ihn überzeugen, warum das so sein mußte und warum die sowjetischen Freunde es so haben wollten.

Dann wurden die Matrizen am späten Abend – oder, wenn es die Nacht durchging, am frühen Morgen – in das Büro des Politbüros gebracht zu Otto Schön, abgezogen und kamen dann am frühen Nachmittag – um die Mittagszeit oder früh am Nachmittag – als Beschlußvorlagen für das Politbüro, das am kommenden Dienstag zusammentrat, zurück.

Meine Arbeitswoche begann also im Grunde eigentlich mit dem Samstagnachmittag. Da warteten wir die Materialien ab.

In den Politbürounterlagen befand sich nun eben nicht nur das, was die Wirtschaft anging; da gab es Vorlagen zu Ideologie, Bildung, Industrieentwicklung, Verteidigung, Außenpolitik, bis hin zu Vorlagen, die die Staatssicherheit, die Justiz – überhaupt die Sicherheitsbehörden – betrafen, mit Vorschlägen für Prozesse, wie sie abzulaufen hatten, auch schon Vorschläge für Strafen und dergleichen mehr.

Aber es war schon damals strenge Sitte der einzelnen Mitglieder des Politbüros und aller übrigen Ressortchefs, sich ganz konsequent auf die Probleme ihrer Ressorts zu konzentrieren. Dem Bruno Leuschner war es also höchst unangenehm, wenn ich in die Tasche griff und vielleicht einmal Sachen von Justiz und Staatssicherheit erwischte; das sollte weg, es gehe uns nichts an. Wir sahen die Unterlagen in der Richtung durch, was aus anderen Ressorts eingereicht war und eventuelle finanzielle, material-, arbeitskräftemäßige und andere derartige Konsequenzen haben könnte. Dazu

wurden entweder am Samstag oder über den Sonntag, spätestens aber am Montag früh die entsprechenden Experten zusammengeholt, so daß der Montag im großen und ganzen ein Tag war, an dem wir uns mit Stellungnahmen, Gegenstellungen usw. auf die Sitzung des Politbüros am kommenden Dienstag vorbereiteten.

Am Dienstag fand dann die Politbürositzung statt. Diese habe ich im großen und ganzen als eine Veranstaltung des Politbüros unter sich erlebt, das heißt, daß bei Rückfragen Experten hinzugezogen werden mußten. Es ist nur in ganz seltenen Fällen vorgekommen, daß ich selber mit anderen Experten ganz kurzfristig im Raume war, etwas vorgetragen oder nachgereicht habe. Wenn sich die Beratungen fortsetzten oder wenn es gar zu Beschlußfassungen gekommen ist, war in meiner Zeit – so habe ich es erlebt – das Politbüro konsequent unter sich – auch die engsten Mitarbeiter von Ulbricht und Grotewohl waren nicht dabei –, so daß ich nicht sagen kann: Ist dort überhaupt abgestimmt worden? Wie wurde das beschlossen? Dies fand im Allerheiligsten unter sich statt.

Die dann am Dienstag im Politbüro gefaßten Beschlüsse wurden am Mittwoch früh in kurzer Folge im Apparat der Plankommission – und in den anderen Ressorts geschah dies ähnlich – in Auftrag gegeben; das war vom Tisch. Für den Staatsapparat – speziell also die Staatliche Plankommission – hieß das, nun diese Dinge als Beschlußvorlagen für den Ministerrat oder das Präsidium des Ministerrates vorzubereiten, der am Donnerstag zusammentrat. Das war der nächste Sitzungstag.

Am Mittwoch-Nachmittag hatten Leuschner und die anderen Mitarbeiter ihre regelmäßigen Termine in der Sowjetischen Kontrollkommission. Dies war eine Zwischenstufe, die es ermöglichte – nachdem im Politbüro bestimmte Beschlüsse gefaßt worden waren und in den Staatsapparat zur Beschlußfassung als Verordnung, Anordnung etc. gehen sollten –, noch ein Veto einzulegen, Vorgänge anzuhalten, sie mit dem Einspruch der Sowjets noch einmal in das Politbüro zurückgehen oder sie eben so laufen zu lassen, weil sich höhere Instanzen in der Sowjetischen Kontrollkommission vielleicht durchgesetzt hatten und dies dann so absegneten.

Die wichtigeren Dinge wurden am Donnerstag erst am Nachmittag in der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats behandelt, weil dieses Gremium kleiner war. Die Hauptsitzung des gesamten Ministerrates – zu meiner Zeit immerhin eine Veranstaltung, die schon Teilnahmestärken von 40 bis 60 Leuten erreichte und in der große intime Debatten nicht möglich waren – diente eigentlich der Absegnung der bereits vorgefertigten Materialien. Diese wurden dann in den Apparat gegeben.

Ein bißchen intensiver wurde am Nachmittag im Präsidium des Ministerrates diskutiert. Dort wurden die entsprechenden Verordnungen, Anordnungen oder Vorlagen, die zum Gesetz werden sollten und an die Volkskammer gingen,

behandelt. Solche Vorlagen umfaßten aber zur damaligen Zeit nur ganz wenige Dinge – Staatshaushaltsplan, Volkswirtschaftsplan usw.. Sie gingen auch nur in einer Akklamationsveranstaltung über die Bühne; das alles spielte keine Rolle. Das Wesentliche waren Verordnungen, Anordnungen und Aufträge an die Institutionen, und entscheidend dabei war, daß dies auch wieder die Ressorts getrennt für sich betrachteten und eigentlich jeder bestrebt war, nach Möglichkeit nichts Wesentliches über seine Ressortverantwortung hinaus überhaupt zu erfahren oder sich darum zu kümmern. Jeder begrenzte sich auf sein Aufgabengebiet.

Die relative Bedeutung des Ministerrates ging auch daraus hervor, daß Walter Ulbricht – obwohl zu dieser Zeit offiziell der ständige Vertreter des Ministerpräsidenten, also der einzige Erste Stellvertretende Ministerpräsident – seine Parteifunktion als Generalsekretär wichtiger nahm und Grotewohl bei Abwesenheit nur in ganz wenigen Ausnahmefällen bei repräsentativen Anlässen vertreten hat. Er leitete auch kaum Ministerratssitzungen, dort amtierten in der Regel vielmehr eher Heinrich Rau oder Willi Stoph, weil sein Gewicht als Parteisekretär größer war als das eines amtierenden Regierungschefs.

Auch die Unterrichtung von Grotewohl in dieser Zeit war nur eine Randinformation. Das Entscheidende war nach meinem Eindruck, daß die wichtigsten Informationen – nach einzelnen Ressorts – einzig und allein auf den Generalsekretär zuliefen. Er entschied, was wer erfahren und wer wozu hinzugezogen werden sollte. Dies betraf auch Otto Grotewohl, der damals ja noch Ministerpräsident war, und übrige Politbüromitglieder – und dies, wie gesagt, völlig gleichgültig, ob es sich um Funktionäre des Staates oder der Partei handelte. Dabei muß ich hinzufügen, daß in der damaligen Zeit – aber dies mag daran liegen, daß insbesondere Leuschner und Ulbricht auch ein ganz besonderes, weitreichendes persönliches Verhältnis hatten – die damaligen Wirtschaftssekretäre der Partei bei weitem nicht die Rolle spielten, wie es – das habe ich dann später erfahren – bei Günter Mittag gewesen ist, weder Franz Ulbrieg noch später Gerhart Ziller. Sie waren eigentlich diejenigen, die zu Leuschner kamen, und nicht etwa die, zu denen er hinging – ein ganz wichtiges Zeichen in dieser hierarchischen Ressortstruktur: Wer mußte zu wem kommen, oder wer sollte zu wem gehen? Dies waren immer ganz deutliche Hinweise für Hierarchien.

Die Unterscheidungen innerhalb des Ministerrates richteten sich nach Parteipräferenzen und auch nach Rang im Zentralkomitee. Das hieß: Unsere direkten Ansprechpartner waren zunächst die der SED angehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten oder Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates. Die Mitglieder aus den bürgerlichen Parteien waren geduldet, wurden umgangen, und da sie in der Regel einen Staatssekretär oder Stellvertreter aus der SED hatten, war der der Ansprechpartner. Konkretes Beispiel: Hans Loch war offiziell Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident; mit dem haben

wir überhaupt nichts zu tun gehabt. Das war von Anfang an Willy Rumpf, sein Staatssekretär, und nur er hatte die Übersicht über die Finanzwirtschaft.

In der nächsten Stufenfolge kamen die der SED angehörenden Minister und Staatssekretäre, während die der Blockparteien ebenfalls wieder eher Randfiguren waren, als daß sie in das Ganze einbezogen wurden.

Die Beschlüsse des Sommers 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz der SED brachten dann die völlige Angleichung des damals noch aus heutiger Sicht verhältnismäßig leicht reformierbaren Systems der DDR – es bestanden noch die fünf Länder; wesentliche Teile der Wirtschaft, Verwaltung usw. waren den Ländern unterstellt und hätten folglich ebenfalls reformiert werden können – an die Ressortstruktur der UdSSR. Das hieß für die Staatliche Plankommission, daß die Grundaufgabengebiete – Wirtschaft, Finanzen, Arbeitskräfte, Materialversorgung usw. – nach dem System der sogenannten komplexen Leitung und Planung der Volkswirtschaft auf die Fachressortabteilungen aufgeteilt wurden – Maschinenbau, Leichtindustrie, Lebensmittel; wir haben ja über vierzig Abteilungen gehabt – und diese in sich dann wieder die sogenannten Querschnittsgebiete – Finanzen, Arbeitskräfte, Löhne usw. – vereinigten. Entsprechend wurde auch die Regierungsstruktur in der Zentrale weiter auseinandergetrieben. Das wiederum hatte zur Folge, daß die Leitung der Betriebe über Vereinigungen Volkseigener Betriebe – und dann später über die Schaffung der Kombinate, eigentlich ohne örtlichen, regionalen Unterbau – zu dieser zentralistischen Verwaltungswirtschaft geführt hat, wie wir sie noch am Ende haben feststellen können und wie sie schließlich auf dieser Basis untergegangen ist.

Ich fasse zusammen und muß sagen: Ich habe das System in dieser Zeit und an dieser Stelle eigentlich als ein dreigliedriges System erlebt. Das hieß: Als tragende Säule in der Mitte stand die SED als die Staatspartei dieses Gebildes – später auch nach der Verfassung –, in ihrem Zentralkomitee hier in diesem Hause in eine Vielzahl von Ressortstrukturabteilungen aufgegliedert, die in der zweiten Säule, dem Staatsapparat, ihre korrespondierenden Ministerien, Staatlichen Kommissionen, Staatskomitees und dergleichen hatten. Die dritte Säule schließlich – mein Begriff dafür war immer die „parlamentarisch-demokratische Attrappe“ – war die Volkskammer mit ihren Ausschüssen, Parteien, Massenorganisationen, Blockparteien. Die Partei als die zentrale Säule verwirklichte also einmal das Beschlossene über den Staatsapparat, majorisierte über ihren eigenen Apparat Parteisekretäre, örtliche Einrichtungen usw. zur Organisation sogenannten Massenbewegungen, Wettbewerbe, machte Parteisekretäre, Auszubildende in den Betrieben zu Motoren dieser Entwicklung, und sie ließ schließlich dieses ganze propagandistisch-organisatorisch über die Massenorganisationen und die übrigen Parteien begleiten und wurde damit zum Motor bis hinunter in die letzte Gemeinde und kleine Wohneinheit.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren: Hierüber – das, was Hermann Weber vorgetragen hat, und natürlich viel mehr, als ich in dieser kurzen Zeit vortragen kann – habe ich, haben andere vor dreißig Jahren geschrieben, und es gibt über das, was wir bis zu diesem Zeitpunkt wußten, ein umfangreiches Schrifttum, das ich über Jahre – tätig im Gesamtdeutschen Institut in Bonn – auch noch selber mit begleitet und vertrieben habe, so daß ich eigentlich mit einem Appell enden möchte, der vielleicht von der Enquete-Kommission ausgehen könnte: Wir müssen, soviel ich weiß, nicht alles völlig neu entdecken. Ich halte es für wichtig, wenn von hier der Impuls ausginge, eine Menge von diesem Bekannten in erschwinglichen, preiswerten, vielleicht sogar vom Staat initiierten Sonderschriften unseren neuen Bundesbürgern zur Kenntnis zu bringen. Denn bei dem herrschenden Nichtwissen über so viele Details, über die wir ja nicht reden durften – gerade die Emigranten- und Flüchtlingsliteratur stand ja auf dem Index und gehörte zu der Literatur, die ihm am härtesten unterworfen war –, könnte man dadurch noch eine Menge an Informationen erst einmal vorgeben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Schenk, auch für Ihren Hinweis auf den unterschiedlichen Wissensstand Ost/West, was Details und Interna der SED angeht.

Wir kommen zum dritten Zeitabschnitt, und zwar zu den sechziger und siebziger Jahren. Wir hören dazu Herrn Professor Seiffert aus Kiel. Danach haben die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit, alle drei Referenten zu befragen.

Bitte, Herr Professor Seiffert!

Prof. Dr. Wolfgang Seiffert: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sechziger und siebziger Jahre, über die ich hier etwas sagen soll, sind angefüllt mit Ereignissen, die das Schicksal der DDR in sehr wichtigen Fragen und Entscheidungen betroffen haben, wie der Mauerbau 1961, das „Neue Ökonomische System“ – von etwa 1963 bis 1971 –, die Annahme der zweiten Verfassung der DDR 1968 und ihre Revision 1974, der Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971, der neue Freundschafts- und Beistandsvertrag der DDR mit der UdSSR 1975, der Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland 1972, die neue Krise der DDR 1976 bis etwa 1979/1980.

Ich selbst habe in dieser Zeit zunächst an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, später als ordentlicher Professor für internationales Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung und Direktor des Instituts für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg gearbeitet, war Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR und habe in der „Rechtsberatung“ – wie es offiziell hieß, aber vielleicht in besserer deutscher

Übersetzung: in der juristischen Kommission – des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau von 1967 bis 1977 gewirkt.

Es ist natürlich nicht möglich, auf alle diese Ereignisse hier einzugehen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß ich keine staatlichen Funktionen hatte, sondern aus dieser Tätigkeit im Wissenschaftsbereich der DDR heraus auf speziellen Gebieten die Dinge etwas subjektiv sehe. Aber als Wissenschaftler insbesondere auf dem Gebiet des Staats-, Völker- und Wirtschaftsrechts versuche ich natürlich, die Dinge etwas prinzipieller auf den Punkt zu bringen. Auch deshalb nutze ich die Gelegenheit dazu, weil jetzt ja viel Literatur erscheint und sich viele mit der vergangenen DDR befassen – da hat Herr Schenk als mein Vorredner völlig recht –, die vieles nicht gelesen haben, was darüber alles schon erschienen ist, und man trifft da auf alle möglichen neuen, längst widerlegten und eigentlich unhaltbaren Thesen über die Entwicklung und das Schicksal der DDR.

Vielleicht kann ich bei dieser Gelegenheit meiner persönlichen Biographie noch eines hinzufügen, was in der Öffentlichkeit manchmal völlig falsch dargestellt worden ist: Ich bin nicht aus der DDR geflohen; ich bin kein Republikflüchtling gewesen. Ich bin auch nicht bei einer wissenschaftlichen Veranstaltung in der Bundesrepublik einfach weggeblieben, sondern ich hatte eine offizielle Einladung zu einer Professur an der Universität Kiel erhalten. Die habe ich angenommen und habe sie dann – da lernen Sie gleich ein Beispiel kennen, wie die Hierarchie „SED-Staat“ in der damaligen DDR funktioniert hat – offiziell dem Rektor der Akademie in Babelsberg vorgelegt; der hat – als ich daruntergeschrieben hatte: „Ich nehme diese Einladung an.“ – die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gemeint, das könne er nicht entscheiden.

Es ist dann auch in diesem Hause entschieden worden – nicht in diesem Saal, aber eben in diesem Gebäude –, und zwar von drei Personen in einer gemeinsamen Sitzung: Herr Honecker, Herr Mielke und Herr Mückenberger. Bei den ersten beiden brauche ich nicht darzustellen, wer das gewesen ist. Manche werden vielleicht nicht wissen, wer Herr Mückenberger war: das war der Vorsitzende der SED-Partei kontrollkommission, und da ich der SED angehörte, lag es sozusagen auf der Hand, daß auch dieser Herr an der Entscheidung mitwirkte.

Ich will jetzt keinen Roman über diese ganze Sache erzählen – das würde auch viel zu lange dauern –, aber man hat sich dort darauf geeinigt, es sei besser, diesen Wissenschaftler aus der DDR herauszulassen, als ihn weiter in der DDR zu behalten. Denn nachdem er der Universität Kiel schon mitgeteilt hatte, daß er die Professur annehme, würde das nur einen politischen Eklat geben, und wenn man ihn hier behielte und nicht reisen ließe, könnte man ihn ohnehin nicht mehr als Professor herumlaufen lassen, und wahrscheinlich – dieser Meinung war Honecker damals – würde er ein neues Oppositionszentrum

werden – siehe Havemann –, und dann würden wir, die SED, ihn hinaushaben wollen, und er würde nicht mehr gehen wollen. Folglich war man der Meinung, man sollte ihn lieber hinauslassen.

Ich bin also auf ganz normalem Wege von der einen deutschen Universität an die andere deutsche Universität per Eisenbahn gewechselt.

Daß dies aber nicht ohne die SED ging, lag an dem System, und damit komme ich zum Thema.

In dem Zeitraum, der hier für meine Darstellung vorgesehen ist, kam es zu einem verstärkten Ausbau der SED als dem Zentrum des politischen Systems der DDR. Zum grundlegenden Verständnis ist es nach meiner Auffassung allerdings notwendig, hier und da – da unterscheide ich mich ein bißchen von den beiden Vorrednern, ohne gegen sie zu polemisieren – vielleicht die Akzente etwas anders zu setzen und Präzisierungen vorzunehmen, denn nach meiner Erfahrung und Analyse ist die SED zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz eine Staatspartei gewesen, sondern nach ihrer Struktur und Funktion eine über Staat und Recht stehende Organisation, die Anspruch auf die uneingeschränkte Macht über alle Teile des Gesamtsystems erhob und in gewissem Umfange auch durchgesetzt hat.

Das oberste Herrschafts- und Entscheidungszentrum war das Politbüro, das alle Macht bei sich konzentrierte. Bei solchem Anspruch und solcher Realität blieb für Staat, Recht, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft nur noch die Funktion, Element, Bestandteil, Instrument eines einheitlichen Mechanismus zu sein, der dem Willen des Zentrums unterworfen ist.

Dies verringert nicht die Verantwortung solcher Institutionen wie des Ministeriums für Staatssicherheit, des Nationalen Verteidigungsrats, der Justiz usw., aber es schließt einfach die Möglichkeit aus, einzelne Elemente des Systems zur Rechenschaft zu ziehen, die Zentrale, das Haupt, aber ungeschoren zu lassen. Es gab kein MfS, keine „sozialistische Justiz“, keine „Urteile gegen Klassenfeinde“, ohne daß das Politbüro der SED dies gewollt hätte.

Die SED war auch zu keinem Zeitpunkt eine Partei im herkömmlichen Sinne eines parlamentarisch-demokratischen Systems, und sie wollte das in ihrem eigenen Selbstverständnis auch überhaupt nicht sein. Sie wollte sich ganz bewußt von parlamentarischen Parteien unterscheiden und ist ja, wenn man ihre Ursprünge bis auf die Kommunistische Partei 1919 zurückführt, überhaupt im Widerspruch und in Abgrenzung zu den Parteien des parlamentarisch-demokratischen Systems entstanden. Deshalb war die SED in bewußter Abgrenzung zu solchen Parteien als ein politischer Orden mit eigener Weltanschauung, entsprechender Hierarchie, mit Ordensregeln und einer eisernen Disziplin der bedingungslosen Unterwerfung aller Mitglieder unter die von oben nach unten gefaßten Beschlüsse organisiert, jede Fraktionsbildung war verboten und ein Austrittsrecht eines einzelnen Mitgliedes bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Statut der SED überhaupt nicht vorgesehen. Das ist

erst hineingekommen, als immer mehr Bürger der DDR, die Mitglied der SED waren, ersuchten, in die damalige Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Das wurde ja in einer Reihe von Fällen genehmigt, und nun stand die SED vor der Frage: Was macht man mit deren SED-Mitgliedschaft? Da hat man das Statut dahingehend geändert und die Möglichkeit der Streichung von der Mitgliederliste geschaffen. Man konnte den DDR-Bürger ja nicht auf staatlicher Ebene ausreisen lassen – legal – und ihn andererseits deswegen aus der SED ausschließen. Aber das war die einzige Abweichung von der klassischen Struktur einer kommunistischen Partei, die in der SED überhaupt erfolgt ist.

Unter solchen Umständen kann keine Rede davon sein, daß die DDR zu irgendeinem Zeitpunkt ein Rechtsstaat gewesen ist. Alle für die Entwicklung der DDR wesentlichen Beschlüsse wurden nirgendwo anders gefaßt als im Politbüro der SED oder im Sekretariat des ZK der SED. Ihre Umsetzung in staatliche Entscheidungen hatte allein den Zweck, diese Beschlüsse des Politbüros der SED für alle Staatsbürger bindend zu machen, also auch für jene, die nicht Mitglied der SED waren.

Man kann im Grunde genommen sagen: Die Verfassungstexte – das war 1949 noch ein bißchen anders, aber für die Verfassung von 1968 und insbesondere für die revidierte Verfassung von 1974 gilt das – waren weiter nichts als das in staatliche Norm umgesetzte Parteiprogramm der SED mit Verbindlichkeit nun für alle, nicht nur für Mitglieder der SED, sondern auch für die Bürger dieses Staates, die ihr nicht angehörten.

Das Recht hatte folglich in diesem System eine sehr begrenzte Funktion, und zwar eben nur im Rahmen des Systems. Es wurde dann auch grundsätzlich in der Literatur der damaligen DDR als – ich zitiere – „normatives Instrument“ der Leitung der Gesellschaft durch die SED betrachtet. Offen wurde von der SED betont – ich zitiere eine bestimmte Schrift –, daß die Politik der SED – wörtlich – „Wesen, Inhalt und Formen des Staates, der staatlichen Tätigkeit sowie des Rechts, seiner Anwendung und Verwirklichung“ bestimmt. Eine der SED besonders verpflichtete Rechtswissenschaft faßte diese Orientierung in die Worte – ich zitiere hier den als führenden Rechtstheoretiker der DDR geltenden Karl Polak wörtlich –: „Wir führen die Massen dahin, wohin sie gehen müssen...“ Das war nicht eine dumme Formulierung, sondern das war innere Überzeugung der SED-Leute und derjenigen, die so etwas geschrieben haben.

Man könnte praktisch sagen, wenn man historische Vergleiche sucht, daß das Recht in der DDR nach dem Prinzip funktionierte, das wir schon aus der Zeit der Fürstentümer und des Feudalismus kennen, nämlich nach dem Prinzip „princeps regibus solutus“ – man könnte das ganz frei übersetzen und sagen: „Der Souverän, also der Herrscher ist das Recht.“ Die SED ging hier noch ein

Schrittchen weiter. Sie verstand ihre Beschlüsse bewußt nicht als Rechtsquelle, sondern sie war die unmittelbare Macht.

Man könnte hier vielleicht zu dem Staatswesen „DDR“ noch hinzufügen: Die DDR war überhaupt kein normaler Staat wie beispielsweise Frankreich oder Polen, die unabhängig von ihrer jeweiligen Regierungsform, selbst wenn die Bürger dort diktatorische Verhältnisse hatten oder jetzt wieder – die Polen jetzt wieder, die Franzosen schon immer – rechtsstaatliche Verhältnisse, immer der Staat der gesamten Nation waren.

Das war die DDR nie, konnte sie auch nicht werden, sondern man mußte das wohl so formulieren, wie ich es schon vor vielen Jahren geschrieben habe: Die DDR ist von ihrer Entstehung wie von ihrer inneren und äußeren Entwicklung her nicht nur ein Staat in Deutschland, sondern auch sonst kein normaler Staat wie andere Staaten auch, etwa Frankreich oder Polen; sie ist vielmehr als Produkt und Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik im Ergebnis des Ost-West-Konflikts in der Periode des Kalten Krieges entstanden und ist zugleich die Staat gewordene Organisation der Kommunisten in Deutschland. Als solche ist die DDR ein Produkt der stalinistischen Außen- und Deutschlandpolitik der Sowjetunion und selbst trotz mancher Modifikation ein in jeder Hinsicht stalinistisches System.

Man könnte bei dieser instrumentalen Rolle von Staat und Recht eigentlich nur fragen, warum man dann überhaupt an dem, was Herr Schenk vorhin als „parlamentarisch-demokratische Attrappe“ bezeichnet hat, an solchen Forminstitutionen festgehalten hat. Wenn man die Dokumente nicht nur der SED, sondern auch der Ideologen, auf die sie sich berufen hat, durchliest, müßte man eigentlich zu dem Schluß kommen: Wir brauchen gar kein Recht mehr; dann wäre man ungefähr auf dem Niveau des Islam angelangt, nur unter einem anderen Vorzeichen.

Wenn man über diese Frage nachdenkt, kommt man einfach zu dem Schluß: In der öffentlichen Meinung in West- und Mitteleuropa jedenfalls hat sich jetzt schon seit Jahrhunderten eben das parlamentarische System mit freien Wahlen als die Form der Legitimation durchgesetzt, so daß nicht einmal ein Staat, wie ihn die SED wollte, auf eine solche Legitimation – wenigstens in der Optik – verzichten konnte.

Die SED verstand sich aber auch nicht als isolierte nationale Partei, sondern als eine Sektion innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, die früher von einem internationalen Zentrum, der Kommunistischen Internationale, später vom Kominformbüro und in den hier zu behandelnden sechziger und siebziger Jahren durchaus in Richtung auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion gelenkt und geleitet wurde.

Allerdings mußte – und das ist die Kehrseite der ganzen Sache, die man bei der Analyse nicht unterschlagen darf – eine solche rigorose Übertragung der inneren Strukturen einer klassischen kommunistischen Partei auf die gesamte

Gesellschaft – und das ist ja das, was in der DDR passiert ist – zwangsläufig zur Folge haben, daß diese Partei nun auch selbst Gesellschaft wurde mit allen Konsequenzen für ihre innere Entwicklung. So legte die SED im Grunde genommen mit diesem Konzept der Gesellschaftsordnung selbst den Grund für zwangsläufig auftretende Abweichungen von den von ihr vorgegebenen Strukturen und Funktionen innerhalb und außerhalb der SED.

Für alles das liefern die Entwicklungen in diesen Jahren vielfältige Beispiele. Der Ausbau des Systems zunächst unter Ulbricht führte bekanntlich zur Massenflucht und zwang auf diese Weise zum Bau der Mauer.

Sie haben völlig recht, Herr Schenk, wenn Sie sagen, daß der Wissensstand in der DDR-Bevölkerung in vielen Dingen viel schlechter war als in Westdeutschland; aber daß die Mauer nicht wegen der Absicht der Bundeswehr gebaut worden ist, durch das Brandenburger Tor zu marschieren, wie es die SED-Propaganda gesagt hat, das war auch jedem DDR-Bürger völlig klar.

Mir hat damals Werner Lamberz vom Politbüro auf eine Frage, die ich an ihn gerichtet habe, gesagt: Das ist sicherlich eine politische Niederlage, was wir hier mit dem Bau der Mauer erleben; aber er selbst verband damit die Hoffnung: Das dauert vielleicht 20, 25 Jahre; dann sind die Verhältnisse in der DDR so stabil, daß wir die Mauer wieder abbauen können. – Wie die Wirklichkeit verlaufen ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die vorübergehende innere Stabilisierung der DDR, die die Errichtung der Mauer tatsächlich ermöglicht hat, erzwang und ermöglichte das „Neue Ökonomische System“, mit dem Ulbricht damals zugleich eine gewisse Eigenständigkeit der DDR – auch gegenüber Moskau – zu erreichen glaubte. Diese relative Abweichung rief aber Argwohn und Widerstand sowohl unter der Nomenklatura in der DDR als auch in Moskau hervor.

Ich will als Beispiel dafür anführen: Damals wurde über das „Neue Ökonomische System“ ein dickes Buch ausgearbeitet, das im Politbüro diskutiert worden ist. Wenn ich richtig informiert bin, ist man es Seite für Seite durchgegangen und hat darüber abgestimmt. Dieses Buch ist erschienen, und etwa vier Monate später – ich war gerade in Moskau – erschien dazu auf Seite zwei der „Prawda“ – das war das Parteiorgan der damaligen KPdSU – ein zweispaltiger Kommentar. In der linken Spalte wurde ungefähr sinngemäß gesagt: „Eine interessante, thesenreiche Arbeit!“ – Und in der zweiten Spalte wurden alle wichtigen Thesen in Frage gestellt.

Damit war eigentlich für uns schon ziemlich klar: Dieses System ist zu Ende; es geht bald zu Ende. Und das ist dann auch allmählich so gelaufen.

Honecker hat anfangs einen Kurs – ich glaube, ich zitiere ihn damit wörtlich aus dem Kopf – „des Gleichklangs mit Moskau“ verfolgt. Es ist ja vielleicht historisch interessant, daß beide Chefs der SED, Ulbricht wie Honecker, mit

der Beschwörung des Moskauer Vorbildes angefangen haben, am Ende davon aber immer abgekommen und darüber dann auch gestürzt sind.

Honecker hat das also am Anfang ebenfalls versucht, und diese Politik führte ihn ebenso zum Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland unter Einschluß der sowjetischen Führung – er mußte diesen Weg gehen, sonst wäre Helsinki nicht machbar gewesen; hinzu kam dann der Berlin-Vertrag, auf den ich hier nicht eingehen will –, wie sie Honecker zur staatsstreichartigen Revision der Verfassung der DDR von 1968 veranlaßte, nämlich zur Streichung aller gesamtdeutschen Bezüge aus der Verfassung der DDR.

Hier kann ich persönlich sagen: Wir sind in der Akademie Babelsberg von dem damaligen Rektor Schübler gefragt worden – ich persönlich auch –, ob das denn geht, daß man die Verfassung von 1968 durch ein einfaches Gesetz ändert. Ich habe damals zum Ausdruck gebracht, daß das formalrechtlich – also nach dem geltenden Verfassungsrecht – eigentlich ein Staatsstreich ist, denn bei aller geringen Bedeutung, die die Tatsache politisch hatte, daß die Verfassung der DDR von 1968 durch Volksentscheid angenommen worden ist, so war es doch ein Fakt, eine Tatsache, daß es damals eine Volksentscheidung gab, und in dieser Volksentscheidung wurde eine Verfassung angenommen, die sich zur Einheit der Nation und auch zum Ziel der Wiedervereinigung – wenn auch unter kommunistischem Vorzeichen – bekannte.

Nun wurde hier von Honecker der Versuch unternommen, das alles aus der Verfassung zu streichen. Wenn Sie in den Dokumenten der damaligen Volkskammer nachlesen, werden Sie in der Begründung – die Rede hat Honecker gehalten – kein Wort darüber finden, daß er die Verfassung von den gesamtdeutschen Bezügen befreit, sondern er hat gesagt: Das ist eine neue Entwicklungsperiode, Ausrichtung auf die Sowjetunion und dergleichen mehr. Aber praktisch wurde die Verfassung in einem essentiellen Punkt geändert – im Widerspruch zu dem Volksentscheid –, und das wurde durch ein einfaches Gesetz beschlossen. Die damalige Zusammensetzung der Volkskammer brachte natürlich keine Probleme für Honecker; die Mitglieder haben zugestimmt.

Bei uns in Babelsberg gab es einige wenige wie mich, die das nicht nur für einen Staatsstreich hielten, sondern ich habe dort auch – mir war völlig klar, daß juristische Argumentation nicht das Entscheidende in diesem Staat ist – meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß jede Partei in Deutschland – ob sie nun kommunistisch, sozialdemokratisch, christlich-demokratisch oder wie immer sein will –, die das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgibt, eine Partei ist, die sich selbst zum Untergang verurteilt. Nun, das hat natürlich zu meinem Weggang sehr viel beigetragen.

Vielleicht einige Beispiele praktischer Art, wie sich dieses System der SED und Staat und Recht als Instrumente dieses Systems abgespielt haben, und

zwar sowohl Beispiele ganz einfacher Art als auch Beispiele auf hoher politischer Ebene:

Für uns in der Akademie Babelsberg war wichtig, daß es im Zentralkomitee der SED, in diesem Haus, eine Abteilung „Staat und Recht“ gab, die wohl bis zuletzt von einem Dr. Klaus Sorgenicht geleitet wurde, der übrigens auch nicht aus dem Territorium der ehemaligen DDR, sondern aus Essen stammte. Alle wichtigen Beschlüsse, die auf dem Gebiet der Gesetzgebung der DDR – ganz gleich, ob Wirtschaftsrecht, ob Strafrecht oder dergleichen – gefaßt wurden, wurden in dieser Abteilung vorbereitet. Die Babelsberger Akademie stand unter ständiger Kontrolle dieser Abteilung „Staat und Recht“, und es gab sogenannte Nomenklaturkader des Zentralkomitees, das waren in Babelsberg drei Personen, nämlich der Rektor, der erste Prorektor und der SED-Sekretär der Babelsberger Akademie. Wenn das Nomenklaturkader des Zentralkomitees waren, dann heißt das einfach: diese drei Funktionen wurden vom Zentralkomitee selbst besetzt.

Eine andere, vielleicht wichtigere, auf der politischen Ebene liegende Angelegenheit war der Mauerbau 1961. Dazu möchte ich hier auch ein paar thesenartige Bemerkungen machen, die sich doch mit dem allgemeinen Bild, das man von dieser Entwicklung hat, nicht so ganz decken.

Der Mauerbau war – wie ich vorhin schon sagte – eine Reaktion auf die Krise der DDR. Ihr liefen praktisch ihre Bürger weg, und wenn einer Regierung das Volk wegläuft, ist es schlecht um die Regierung bestellt. Also gab es Überlegungen: Wie kann man das Volk wenigstens weitgehend behalten?

Die erste schärfere Reaktion darauf kam von Chruschtschow gegenüber Ulbricht. Es haben sich dann bei den Gesprächen zwischen Ulbricht und Chruschtschow drei Varianten für die Lösung des sogenannten Berlin-Problems herausgebildet. Die erste Variante bestand darin, die Westmächte aufzufordern, ihren Flugverkehr nach Berlin auf militärische Flüge zu beschränken und den Flugverkehr für die zivilen Passagiere ausschließlich über den Flughafen Schönefeld zu leiten. Das war die Hauptvariante, die Ulbricht vertreten hat. Diese Variante hätte es ermöglicht, eine totale Kontrolle des Verkehrs mit Ausnahme der westlichen Militäreinheiten nach West-Berlin zugunsten der DDR zu formieren, und man hätte keinen Mauerbau quer durch Berlin benötigt.

Die zweite Variante bestand darin, die Mauer quer durch Berlin zu bauen, aber an den ersten Tagen zu versuchen, das mit Stacheldraht zu machen; wenn der Westen so reagierte, daß er das auch nicht duldete, dann mußte man eben ein bißchen verhandeln und notfalls als Ausweichvariante die Mauer um Berlin herum bauen.

Zwischen dem 2. und 5. August 1961 fanden im Warschauer Pakt in Moskau Verhandlungen über diese Frage statt. Dort war das Verhältnis zwischen Partei, Staat und Recht etwas anderes als innerhalb der DDR. Es gab da schon

internationale Bedingungen – aus Ungarn war Kádár im Warschauer Pakt vertreten; das war ein ganz anderer Kommunistenführer, als es Ulbricht oder später Breschnew oder vorher Stalin waren –, und dort befeiligte man sich doch auch der völkerrechtlichen Formen.

Das Abstimmungsprinzip des Warschauer Paktes – also die Vertragsgrundlagen, ich habe das als Völkerrechtler vor vielen Jahren ausführlich analysiert, auch bei der Verlängerung 1985 wieder – war ein Einstimmigkeitsprinzip. Dort konnte eigentlich nach der formellen Regelung im Warschauer Pakt nichts beschlossen werden, wenn einer der Mitgliedsstaaten dagegen auftrat.

Chruschtschow hat dann Ulbricht, schon als er in Moskau eintraf, mitgeteilt: Deine Variante I – also Flughafen Schönefeld – geht nicht, weil die Amerikaner das nicht wollen.

Daraus ist mehreres ersichtlich. Erstens ist daraus ersichtlich, daß es darüber vorher Verhandlungen mit dem Westen gegeben hat. Zweitens ist daraus ersichtlich, daß es eine Legende, eine historische Legende ist, zu sagen: Wenn Kennedy weiter gegangen wäre, als er damals gegangen ist, hätte es Krieg gegeben. Mit anderem Vorzeichen hat Honecker ja das gleiche behauptet. Nichts dergleichen stimmt.

Die Westmächte haben drei Essentials aufgestellt; die hat Chruschtschow alle akzeptiert. Hätten die Westmächte ein viertes Essential aufgestellt, das da gelautet hätte, „Der freie Verkehr zwischen allen vier Sektoren der Stadt Berlin darf nicht gestört werden.“, hätte Chruschtschow ganz sicher auch das vierte Essential akzeptiert, und die Mauer durch Berlin wäre nicht gebaut worden.

Ich habe das zum 25. Jahrestag zum erstenmal im „Spiegel“ in einer Kolumne geschrieben; zwei Tage später hat der damalige amerikanische Präsident Reagan in einer Rede – ebenfalls zum 25. Jahrestag – gesagt: „Wir haben damals einen Fehler gemacht; wir hätten den Stacheldraht wegräumen müssen!“

Natürlich ist es richtig, wenn von den verschiedensten Seiten behauptet wird: Wenn die SED-Führung da nicht mitgemacht hätte, wäre eben sofort ein anderer an die Stelle von Ulbricht getreten. Natürlich waren die Machtverhältnisse so, aber das schließt nicht aus, daß man dagegen auftreten konnte. Lückenlos war das System jedenfalls nicht.

Ich habe meine These auch schriftlich vorgelegt und habe darin auf ein paar frühere Arbeiten von mir hingewiesen, nicht um zu zeigen, „Der hat ja viel veröffentlicht!“ – dann müßte ich Ihnen eine viel größere Liste vorlegen –, sondern mir geht es darum, auch mit diesen Thesen zu belegen: Die historische Wahrheit gebietet es, die Vergangenheitsbewältigung der DDR in jeder Hinsicht als eine gesamtdeutsche Angelegenheit zu betrachten! So lautet ja auch der Auftrag des Bundestages an die Enquete-Kommission. Das heißt aber auch, zu akzeptieren: Die DDR wäre nicht entstanden, sie hätte sich

nicht so entwickelt, wie sie sich entwickelt hat, und sie hätte nicht so lange bestanden, wie sie bestanden hat, wenn der Westen eine andere Politik in der deutschen Frage und gegenüber Osteuropa überhaupt betrieben hätte, als er es tatsächlich getan hat.

Die Hauptschwäche war meines Erachtens im Westen eine ausgesprochene Stabilitätsideologie. Hier muß ich noch einmal auf Herrn Diepgen zurückkommen; er hat auch von „falscher Ideologie“ gesprochen. Leider ist er nicht mehr hier. Aber eine „falsche Ideologie“ ist natürlich nicht möglich. Ideologie ist ja nur etwas, was zumindest in einem wesentlichen Element nicht mit der Realität übereinstimmt, sondern unwahr ist und nur aus einseitiger Interessensicht oder dergleichen betrachtet wird. Für die wissenschaftliche Analyse kann man einen solchen Ideologiebegriff überhaupt nicht akzeptieren.

Aber hier, in der Deutschlandpolitik, hat es auch in der damaligen Bundesrepublik eine ausgesprochene Ideologie der Stabilisierung und eine pragmatische Politik des Status quo gegeben. Daran hat die SED-Führung bis zuletzt – auch noch, als Honecker weg war – festgehalten, trotz dieser persönlichen Erklärung von Herrn Modrow, der hier im Saal sitzt: „Unser gemeinsames deutsches Vaterland.“ Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie das nicht ehrlich gemeint haben, aber es war, wie Sie selber gesagt haben, eine persönliche Erklärung; es war keine offizielle Erklärung der SED.

Ich möchte sagen, alle in der SED-Führung haben bis zuletzt, auch als sie in der deutschen Frage anfangen, etwas zu variieren, nur eines im Kopf gehabt: den Bestand der DDR unter allen Umständen zu bewahren. Damit fehlte die Bereitschaft, sich dem Votum des gesamtdeutschen Volkes zu stellen und einen demokratisch, rechtsstaatlich zustande gekommenen Staat zu akzeptieren.

Auf jeden Fall gab es auch in der alten Bundesrepublik nach dem Mauerbau keine offensive Wiedervereinigungspolitik mehr, sondern eine am Status quo orientierte pragmatische Politik. Folglich ist auch die staatliche Vereinigung, die wir dann nach der politischen Wende erreicht haben, eher ein unerwartetes Naturereignis denn das Resultat einer offensiven beständigen Wiedervereinigungspolitik gewesen.

Ich erwähne dies nicht aus nostalgischen Gründen oder historischer Rückschau, sondern weil ich glaube, daß auch hier eine der wesentlichen Ursachen für Fehlkalkulationen der heutigen Bundesrepublik über die ökonomische Situation der damaligen DDR liegt. Wir erleben ja ihre Auswirkungen bis heute.

Ich erwähne dies nicht zuletzt deshalb, weil es manchem in der alten Bundesrepublik, wie ich weiß, heute sehr schwerfällt, die sich aus solidarischer Verpflichtung notwendigerweise jetzt und für längere Zukunft ergebenden Opfer gegenüber den Deutschen in den neuen Bundesländern zu tragen. Vielleicht hilft es dabei ein wenig, wenn deutlich gemacht wird, daß die alten Bundesländer so lange so gut gelebt haben, weil sie den anderen Teil

Deutschlands mit einer Status-quo-Politik, mit Päckchen und Besuchsreisen zufriedenzustellen glaubten.

Man konnte es aber wissen – und als Juristen würden wir sagen: man mußte es bei sorgfältiger Prüfung wissen –, daß das zu kurz gegriffen ist, daß man eine längere Sicht im Auge haben muß, und man hätte dann anders vorbereitet in die Vereinigungsprozesse hineingehen können, als man praktisch hineingetreten ist. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Seiffert! – Wir haben jetzt drei Referate zum gleichen Thema unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitabschnitte gehört. Die Mitglieder der Enquete-Kommission haben jetzt – einschließlich der für die Antworten nötigen Zeit – eine gute halbe Stunde Zeit, Fragen zu dem Gehörten zu stellen. Der erste Fragesteller ist Herr Professor Soell!

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Seiffert und betrifft insbesondere seine These, wenn der Westen 1961 ein viertes Essential aufgestellt hätte, dann hätte es keine Mauer durch Berlin gegeben.

Meine Frage an Sie: Reicht der Schluß, den Sie aus der Äußerung Chruschtschows gezogen haben, die Sie zitiert haben, aus, um eine solche These zu formulieren, wenn man die Gesamtpolitik Chruschtschows einbezieht – sein riskantes Manöver ein Jahr später in Kuba, bei dem er dann einen Teil zurückgewichen ist, mit dem er aber, was meist verschwiegen wird, natürlich auch Erhebliches bekommen hat?

Erstens: Amerikanische Mittelstreckenraketen in der Türkei sind abgebaut worden, die sowjetischen Mittelstreckenraketen alter Art – SS 5, SS 6 – blieben zunächst dort und wurden später sogar durch die SS 20 „modernisiert“. Zweitens hat er eine Garantie bekommen, daß die USA nicht mehr so etwas unternehmen würden wie wenige Monate vor dem Berlin-Ereignis in der Schweinebucht, als dort nämlich eine Landung von Exilkubanern stattfand, unterstützt durch die CIA. Daß das alles künftig nicht mehr stattfinden sollte, wurde ihm garantiert.

Wenn man das bedenkt und überlegt, was der Westen in Berlin – außer den drei Essentials für West-Berlin – hätte geben können, muß man sich natürlich fragen, was der Westen in diesem System von Geben und Nehmen unter dem nuklearen Patt hätte weggeben können. Dazu müßte man wohl die amerikanischen Dokumente studieren, soweit sie freigegeben sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Müller, bitte!

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich habe zu einem ganz anderen Thema eine Frage an Herrn Professor Weber.

Herr Professor Weber, Sie haben in Ihrem Referat davon gesprochen, daß es nach dem Krieg – 1947, 1948 – an der Parteihochschule eine gewisse Liberalität in dem Sinne gegeben habe, daß man alle möglichen